

Die Denkschrift über Gleichberechtigung

Berlin, 7. September. Der Reichsminister des Auswärtigen, Hr. v. Neurath, hat gestern einen Vertreter des WTB empfangen und ihm die Denkschrift zur Veröffentlichung übergeben, die er nach den mündlichen Darlegungen vom 29. August dem französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncelet, zugestellt hatte. In dem Schriftstück wird u. a. ausgeführt: Nach den letzten Genfer Verhandlungen über die Abrüstung kommt es darauf an, den Versuch zu machen, alsbald auf diplomatischem Weg die Frage zu klären, die die deutsche Abordnung in ihrer Schlussklärung vom 22. Juli aufgeworfen hat. Die deutsche Regierung möchte sich zu diesem Zweck im Verfolg der hierüber bereits in Genf mit den französischen Vertretern geführten vertraulichen Unterhaltungen zunächst mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Sie ist der Ansicht, daß eine vertrauliche Aussprache zwischen der deutschen und der französischen Regierung, in der die beiderseitigen Standpunkte und Wünsche in voller Offenheit dargelegt werden, das beste Mittel zur Herbeiführung einer Verständigung ist. Wenn die französische Regierung zu einer solchen vertraulichen Aussprache bereit ist, bleibt es beiden Regierungen natürlich unbenommen, die anderen hauptbeteiligten Regierungen, wie insbesondere die britische, italienische und amerikanische Regierung, in geeigneter Weise zu informieren und zu gegebener Zeit an den Verhandlungen zu beteiligen.

Die Haltung der deutschen Abordnung gegenüber der Entschliebung vom 29. Juli war ausschließlich durch Gründe, die in der Sache selbst liegen, bestimmt und war unvermeidlich. Die Entschliebung legt wichtige Punkte für das endgültige Abrüstungsabkommen fest, und zwar in einer Weise, die bereits erkennen läßt, daß das Abkommen in der Herbeiführung der Rüstungen außerordentlich weit hinter dem Versailler Vertrag zurückbleiben wird. Die deutsche Regierung konnte schon aus diesem Grund der Entschliebung nicht zustimmen. Es kam aber noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu. Tatsächlich hatten die Beschlüsse für Deutschland überhaupt keinen Sinn. Denn trotz der Unstimmigkeit zwischen dem in ihnen vorgesehenen Abrüstungsstand und dem Stand des Versailler Vertrags blieb in der Entschliebung die Frage völlig offen, ob die gefassten Beschlüsse auch auf Deutschland Anwendung finden sollen. Solange diese Frage nicht geklärt ist, ist für die deutsche Abordnung auch bei den künftigen Beratungen über die endgültige Regelung der einzelnen Punkte der Abrüstung eine Mitwirkung nicht möglich.

Um jedes Mißverständnis in dieser Beziehung auszuschließen, soll im folgenden noch einmal zusammenfassend dargelegt werden, was Deutschland unter der Gleichberechtigung versteht und wie es sich praktisch die Verwirklichung dieses Grundgedankes denkt.

Deutschland hat stets gefordert, daß die anderen Staaten auf einen Rüstungsstand abzurufen, der dem Rüstungsstand entspricht, der Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Damit wäre dem Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung in einfachster Weise Rechnung getragen worden. Zu ihrem großen Bedauern hat jedoch die deutsche Regierung aus der Entschliebung vom 23. Juli ersehen müssen, daß das Abkommen weder in dem Verfahren, noch im Anfang der Abrüstung dem Muster von Versailles entsprechen wird. Die Lösung kann deshalb nur die sein, daß das Abrüstungsabkommen für Deutschland an die Stelle des Teils V des Versailler Vertrags tritt und daß hinsichtlich seiner Geltungsdauer sowie hinsichtlich des Rechtszustands nach seinem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland gelten.

Die deutsche Regierung kann allerdings nicht darauf verzichten, daß in dem Abkommen das Recht Deutschlands auf einen seiner nationalen Sicherheit entsprechenden Rüstungsstand in geeigneter Weise zum Ausdruck kommt. Sie ist jedoch bereit, sich für die Laufzeit des ersten Abkommens mit gewissen Abänderungen ihres Rüstungsstands zu begnügen.

Auf dem Gebiet der „qualitativen“ Abrüstung ist die deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot anzunehmen, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung kommt. Dagegen müssen diejenigen Waffenarten, die durch das Abkommen nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch Deutschland erlaubt sein.

Was das Wehrsystem anbetrifft, so muß die deutsche Regierung auch für sich das Recht aller anderen Staaten in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Die deutsche Regierung wird stets zur Erörterung von Mängeln bereit sein, die dazu dienen, die Sicherheit für alle Staaten in gleicher Weise zu festigen.

In der Tat liegen die Dinge so, daß die Frage der deutschen Gleichberechtigung nicht mehr länger offen bleiben darf. Die Notwendigkeit ihrer Lösung ergibt sich aus

Tagespiegel

Lauf Adz. wird der Reichspräsident das Reichstagspräsidium am Freitag vormittag 11 1/2 Uhr empfangen.

Am Mittwoch fand im Reichsarbeitsministerium die angekündigte Besprechung mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber über die Durchführung der Beschäftigungsprämie und der Arbeitsvermehrung statt. Die Verbände erwarten von den Maßnahmen eine Belebung der Wirtschaft und werden die Reichsregierung nach Kräften unterstützen. Am Donnerstag finden die Besprechungen mit den Gewerkschaftsvertretern statt.

Der Chef der Marineflottille der Ostsee, Vizeadmiral Hansen, scheidet im Herbst aus dem aktiven Dienst aus.

Vor dem Breslauer Sondergericht begann am Mittwoch der Prozeß gegen 30 Reichsbannerleute und 2 SA-Männer wegen schweren Landfriedensbruchs vom 29. Juli (Ueberfall auf zwei Nationalsozialisten in Breslau).

Lauf Havas ist die Veröffentlichung der deutschen Denkschrift in Paris nicht ungünstig aufgenommen worden.

Die Londoner „Times“ meldet aus Washington, dort wünsche man die Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz in den Anfang des nächsten Jahres, weil die Erregung des Kampfes in der Präsidentenwahl sich nicht vor Weihnachten legen werde.

dem bisherigen Verlauf und dem jetzigen Stand der Genfer Abrüstungsverhandlungen, darüber hinaus aber auch aus Gründen, die mit der allgemeinen internationalen Lage zusammenhängen. Es wird wesentlich zur Beseitigung der bestehenden Spannungen und zur Beruhigung der politischen Verhältnisse beitragen, wenn endlich die militärische Zurückhaltung Deutschlands verschwindet, die vom deutschen Volk als Demütigung empfunden wird, und die zugleich die Herstellung eines ruhigen Gleichgewichts in Europa verhindert.

Neurath gegen Frankreichs Winkelzüge

Ueber den Zweck des Schriftstücks und die Gründe seiner Veröffentlichung äußerte sich der Reichsminister v. Neurath wie folgt:

Seitdem die französische Presse die ersten Meldungen über eine vertrauliche Unterhaltung mit dem französischen Botschafter Francois-Poncelet brachte, hat sie das Vorgehen der Reichsregierung in der Abrüstungsfrage fortgesetzt zum Gegenstand von Argwohn und Vorwürfen gemacht, die in der Anlage gipfeln, Deutschland treibe unter dem Deckmantel seiner Gleichberechtigungsforderung nichts anderes als seine eigene Aufrüstung und die Wiederherstellung seiner früheren Militärmacht. Es gibt keinen einfacheren Weg, diese Entstellungen zu entkräften, als meine Aufzeichnungen der Öffentlichkeit zu übergeben.

Der deutsche Schritt bei dem französischen Botschafter war nichts Ungewöhnliches oder Ueberraschendes, wie manche ausländischen Presseorgane jetzt glauben machen. Er hielt sich durchaus im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz und sollte lediglich dazu dienen, ein wirkliches Ergebnis ihrer Arbeiten zu ermöglichen. Für keine Frage der Abrüstungskonferenz liegt eine Behandlung auf diesem Wege näher als für die Frage der deutschen Gleichberechtigung, die durch die Verlangensentschliebung unmittelbar bedeutungsvoll geworden ist. Ich brauche auch kein Geheimnis daraus zu machen, daß in unmittelbarem Anschluß an die letzten Konferenzverhandlungen noch in Genf selbst von den deutschen und französischen Vertretern die Aufnahme baldiger Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über das Thema der Gleichberechtigung verabredet wurde.

Die Gründe, die die französische Regierung jetzt zur Mitteilung unseres Verhandlungsvorschlages an die am sogenannten Vertrauensabkommen beteiligten Regierungen veranlaßt haben, sind mir nicht bekannt. Dieses Abkommen kann doch unmöglich den Zweck haben, eine diplomatische Unterhaltung zu zweien oder dreien zu verbieten und für jede politische Frage, welcher Art auch immer, von vornherein ein förmliches Verfahren vor dem Forum aller dem Abkommen beigetretenen Regierungen vorzuschreiben. Ob in Fragen der Abrüstung ein solches Verfahren überhaupt in Betracht kommen kann, möchte ich ganz dahingestellt sein lassen. Jedenfalls will es mir scheinen, daß die bisher dem Abkommen beigetretenen Länder, zu denen eine Reihe wichtiger europäischer Staaten nicht gehört, keine Aderpferchheit darstellen, die für Abrüstungsfragen eine besondere Zuständigkeit in Anspruch nehmen könnte.

Selbstverständlich hat die deutsche Regierung nicht daran gedacht, die von ihr gewünschten Besprechungen mit der französischen Regierung vor anderen Regierungen geheimzuhalten. Jedenfalls war die Reichsregierung der Ansicht, und ist es auch heute noch, daß im vorliegenden Fall eine Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich der gegebenen Weg ist, um eine Einigung zwischen allen beteiligten Mächten anzubahnen. Sollte, was ich nicht hoffe, die Anwendung des Vertrauensabkommens seitens der franzö-

sischen Regierung die Bedeutung haben, daß diese jetzt zu einer unmittelbaren deutsch-französischen Aussprache nicht bereit ist, so wäre eine neue Lage geschaffen, die neue Entschlüsse der Reichsregierung notwendig machen würde.

So viel steht aber schon heute fest, daß es für Deutschland nicht möglich ist, sich an den weiteren Beratungen der Abrüstungskonferenz zu beteiligen, bevor die Frage der deutschen Gleichberechtigung eine grundsätzliche Klärung gefunden hat. Unsere Gleichberechtigung, nicht unsere Aufrüstung, ist der Punkt, den wir zur Erörterung gestellt haben. Wenn die hochgerüsteten Staaten sich nicht zu einer radikalen Abrüstung entschließen können und wenn sich daraus die Schlussfolgerung ergibt, daß unsere Gleichberechtigung nur durch Modifikationen unseres gegenwärtigen Rüstungsregimes hergestellt werden kann, so ist es eine handgreifliche Verdröhung der Wahrheit, von deutschen Aufrüstungstendenzen und militärischen Machtgelüsten zu sprechen. Was wir unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung fordern, ist nicht mehr als eine gewisse Verringerung unseres gegenwärtigen Rüstungsstands, die zugleich der Notwendigkeit Rechnung trägt, ein unserem Land anserlegtes starres System unseren besonderen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Es ist auch ein allzu bequemeres Verfahren, uns Geduld zu rufen und uns darauf zu vertrusten, daß sich die Abrüstung der anderen Mächte und damit unsere Gleichberechtigung im Lauf der Zeit schon verwirklichen werden. Wir warten jetzt länger als 10 Jahre auf die Erfüllung unseres Anspruchs. Die Abrüstungskonferenz ist an einem Punkt angelangt, wo die Entscheidung über unsere Gleichberechtigung fallen muß und keine Konferenzmacht sich mehr einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen darf. Niemand kann Deutschland zumuten, sich noch länger mit einer Zurücksetzung abzufinden, die mit der Ehre des deutschen Volkes und seiner Sicherheit unvereinbar ist.

Genf oder Paris?

Verstimmung in Italien?

Rom, 7. Sept. In der Unterredung, die der deutsche Botschafter v. Schubert mit Mussolini über den deutschen Schritt bezüglich der Gleichberechtigung hatte, wies Mussolini darauf hin, der geeignetste Ort für die Behandlung dieser Frage sei nach seiner Ansicht Genf, wo das Büro der Abrüstungskonferenz ohnehin in einigen Wochen zusammentrete. Diese Bemerkung ist von erheblicher Bedeutung. Frankreich beabsichtigt nämlich, die Unterzeichnermächte des Versailler Vertrags sowie diejenigen Mächte, die dem französisch-englischen Vertrauens- oder Konsultativ-Abkommen beigetreten sind, mit der deutschen Forderung zu befragen. Dort und hier sind zwar die maßgebenden Staaten dieselben, aber juristisch handelt es sich um zwei ganz verschiedene Anlässe. Italien wünscht nicht, daß die Gleichberechtigung Deutschlands als eine Frage des Friedensvertrags behandelt werde, sie sei auch keine Angelegenheit, die unter das Konsultativ-Abkommen falle. Dem letzteren steht Italien überhaupt nicht sehr freundlich gegenüber, schon deshalb, weil es bei den französisch-englischen Geheimverhandlungen hierüber in Lausanne ausgeschaltet worden war. Mit seiner Haltung zum deutschen Schritt wendet sich also Italien gegen Frankreich, das die Abrüstungskonferenz von der Gleichberechtigungsfrage möglichst fernzuhalten und die Entscheidung an Stellen herbeizuführen trachtet, die den französischen Wünschen mit größerer Wahrscheinlichkeit entgegenkommen.

Die Haltung Italiens richtet sich allerdings auch gegen Deutschland. In der Schlussfassung des ersten Abschnitts der Abrüstungskonferenz hat bekanntlich der Führer der deutschen Abordnung, Botschafter Radolny, angekündigt, Deutschland werde an der Konferenz nicht weiter teilnehmen, wenn nicht vorher die Frage der Gleichberechtigung geklärt sei. Da die deutsche Regierung ihren Schritt nicht bei der Abrüstungskonferenz, sondern bei Frankreich unternommen hat, so hat sie die Absicht, nicht die Abrüstungskonferenz mit der Frage zu befragen. Italien hält dagegen jetzt, wie gesagt, für die richtige Stelle gerade die Abrüstungskonferenz bzw. deren Büro, das aus dem Vorsitzenden Henderson, dem Schweizer Moita und den Führern der Abordnungen aller großen und einiger kleinen Staaten besteht. Eine Erörterung der Frage in diesem Büro in Genf ohne die Teilnahme Deutschlands ist aber nicht gut denkbar.

Mussolini scheint etwas verstimmt zu sein, daß Italien, das doch in der Gleichberechtigungsfrage immer für Deutschland eingetreten sei, von dem deutschen Schritt wieder erst fünf Tage später als Paris unterrichtet worden sei, und zwar sei die Mitteilung in Rom erst erfolgt, nachdem Frankreich das gewünscht habe.

England für Genf

London, 7. Sept. In maßgebenden englischen Kreisen ist man nach T.L. der Ansicht, daß England sich in der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands zwar noch in keiner Weise festgelegt habe, daß aber die Unannehmlichkeit ihrer ganzen Natur nach mit den Abrüstungsverhandlungen eng verknüpft sei und deshalb in Genf besprochen werden sollte.

Der französische Standpunkt

Paris, 7. Sept. Ueber das Ergebnis des heutigen Ministerrats unter Vorsitz des Staatspräsidenten Lebrun glaubt der "Matin" mitteilen zu können, die französische Regierung werde an Deutschland drei Fragen stellen: 1. Ob es Heer, Flotte und Luftwaffe über den im Versailler Vertrag vorgesehenen Rahmen hinaus ausdehnen wolle. In diesem Fall müßte Frankreich sämtliche Unterzeichnermächte des Versailler Vertrags und des Völkerbunds um ihre Ansicht befragen. 2. Ob Deutschland eine Neuordnung des bestehenden Zustands im Sinn habe, dann müßte Deutschland seine Absicht auf der Abrüstungskonferenz vorbringen, wobei Voraussetzung sei, daß der Umbau keine Erhöhung der deutschen Heeresbestände sei. 3. Es werde gefragt, ob Deutschland das Recht beanspruche, seine Rüstung auf gleiche Höhe mit der anderer Mächte zu bringen bzw. ob Deutschland damit rechne, daß die andern Mächte auf den Stand Deutschlands abrüsten. Dann wären Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich überflüssig, da Frankreich nicht allein entscheiden könne.

Die französische Regierung würde also nach dem Bericht des "Matin" die Hauptfrage, nämlich der eigenen Abrüstung, umgehen.

Nach einer Havasmeldung wird die französische Regierung ihre Antwort auf die deutsche Denkschrift nicht vor Ende dieser oder Anfang nächster Woche der deutschen Regierung mitteilen.

Pressestimmen

Berlin, 7. Sept. Die Blätter äußern sich zu der Veröffentlichung der deutschen Denkschrift fast durchweg zustimmend. Zugleich wird anerkannt, daß die deutschen Forderungen durchaus maßvoll und berechtigt sind. Selbst der "Vorwärts" bezeichnet die Veröffentlichung als eine Notwendigkeit, doch sei nicht zu billigen, daß Minister Neurath sich gegen die Heranziehung des "Vertrauensabkommens" durch Frankreich wende. — Die "Germania" sagt, die Reichsregierung gehe mit dieser Denkschrift einen Weg, auf dem ihr jeder Deutsche folgen werde, für den Sicherheit und Gleichberechtigung eine selbstverständliche Voraussetzung nationaler Würde bedeute. — Der "Tag" schreibt, die sich ergänzenden Erklärungen der beiden Minister Neurath und Schleicher kennzeichnen mit erfreulicher Klarheit den eindeutigen Standpunkt Deutschlands und des ganzen Volks. Die maßvolle Forderung auf Gleichberechtigung sei der wirkungsvollste Gegenzug gegen die Pariser Mandate, durch Verleumdung den deutschen Anspruch vor der Öffentlichkeit zu verdächtigen. — Die "DZ" überschreibt ihre Bemerkungen "Bestehende Ketten". Deutschland sei auch heute noch der Abrüstungswilligste Staat der Welt. Bittere Erfahrungen haben die Erkenntnis, wie notwendig die Wahrung unserer Sicherheit und unserer Verteidigungskraft geworden sei, im ganzen Volke verbreitet. Es sei kein Zufall, daß am gleichen Tag Reichswehrminister v. Schleicher in Ostpreußen der Entschlossenheit, die besonders bedrohte Provinz mit allen Mitteln und Kräften zu verteidigen, eindeutigen Ausdruck verliehen habe.

Neue Nachrichten

Das Werkjahr der Akademiker

Berlin, 7. Sept. Zwischen den zuständigen Referenten des Reichsinnenministeriums und den Hochschulreferenten der Länder hat eine Fühlungnahme stattgefunden über die Frage der Einführung eines Werkjahres der Akademiker. Die Einführung dieses Werkjahres hat bei den Hochschulreferenten der Länder weitestgehende Zustimmung gefunden. Im einzelnen soll der Plan noch in seinen Grundzügen festgelegt werden und im weiteren Besprechungen mit den Hochschulrektoren, dem Reichskommissar für den Arbeitsdienst und den Berufsorganisationen erörtert werden. Diese Vorbesprechungen können bis Mitte nächster Woche erledigt sein, so daß dann die abschließenden Verhandlungen beginnen können. Das Werkjahr soll am 1. April 1933 in Kraft treten.

Reichstagsentscheidung voraussichtlich nächste Woche

Berlin, 7. Sept. Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, am Montag seine Programmrede vor dem Reichstag zu halten. Der Reichstagsrat wird am Montag vormittag, also wenn das Ergebnis des Empfangs des Präsidiums beim Reichspräsidenten bekannt ist, zusammentreten, um die weiteren Beschlüsse für die Arbeiten des Reichstags zu fassen. Nach WdZ. ist nicht damit zu rechnen, daß nach der Kanzlerrede oder vor den Abstimmungen eine längere Reichstagsvertagung erfolgt, um inzwischen weitere Zeit für Verhandlungen zu gewinnen. Es ist vielmehr be-

absichtigt, im Anschluß an die Kanzlerrede oder am Tag darauf sofort mit der großen politischen Aussprache zu beginnen, die bis Ende der Woche dauern wird. Im Anschluß daran sollen dann die Abstimmungen erfolgen. Ob es zu diesen Abstimmungen kommen wird, hängt von den Entschlüssen der Reichsregierung ab.

Im allgemeinen glaubt man, daß es zu einer Auflösung des Reichstags kommen werde. In einer nationalsozialistischen Versammlung in der Bodbrauerstraße sagte Reichstagspräsident Göring, nach "mehrmaligem Auflösen" des Reichstags glaube "man", eine Mehrheit für die Papenpartei gesammelt zu haben. Damit könne man die NSDAP. nicht schrecken.

Nationalsozialisten und Katholikentag

Berlin, 7. Sept. Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher, Georg Lössau, hatte in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Deutschen Katholikentags Fürst Alois zu Löwenstein den Wunsch wiederholt, daß beim Katholikentag in Essen und künftighin Nationalsozialisten als Redner zugelassen werden, und zwar war für Essen Dr. v. Schmid-Bauly vorgesehen, der über "Nationalsozialismus und Katholizismus" sprechen sollte. Fürst zu Löwenstein antwortete, das Rede-programm wie auch die Redner seien seit Monaten bestimmt, eine weitere Rede könne nicht eingeschoben werden. Das vorgeschlagene Thema würde auch nicht in den Rahmen des Programms passen. Lössau erwiderte, in Essen stehen eine Reihe von Zentrumsführern im Vordergrund der Rednerliste. Zum Ausgleich bitte er schon heute, im Programm des nächsten Katholikentags von vornherein mindestens in gleichem Maß wie beim Zentrum auch Geistliche und Laien der nationalsozialistischen Richtung vorzusehen.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Am 31. August 1932 waren bei den Arbeitsämtern rund 5 225 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem Stand von Mitte August ist diese Zahl um rund 158 000 niedriger. Am 31. Aug. entfielen auf die Arbeitslosenversicherung 3 698 000, auf die Krisenfürsorge 1 298 000 Unterstufungsempfänger. Mit Arbeiten der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge waren schätzungsweise 65 000 Personen beschäftigt. Im Freiwilligen Arbeitsdienst werden Ende August rund 130 000 tatsächlich beschäftigte Arbeitsdienstwillige gezählt. Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtsunterstützten, die nach den neuen Grundsätzen der Notverordnung bei den Arbeitsämtern registriert wurden, belief sich auf rd. 2 016 000.

Amnestie in Thüringen

Weimar, 7. Sept. Aus Anlaß der Übernahme der Staatsgeschäfte durch die neue thüringische Staatsregierung wurde das Justizministerium vom Kabinett damit betraut, bei Strafsachen, die überwiegend aus wirtschaftlicher Not begangen und bis 26. August 1932 rechtskräftig abgeurteilt worden sind, in weitgehendem Maß Gnade zu üben, soweit die Strafen in Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten Gefängnis bestehen.

Die Schulreform in Anhalt

Dessau, 7. Sept. Der neue Volksbildungsminister hat, nachdem die Volksschulen (bisher Gemeinschaftsschulen) in Bekennerschulen umgewandelt waren, nunmehr die Elternbeiträge in allen anhaltischen Schulen aufgehoben und durch Elternvereinigungen ersetzt. Die Elternschaft jeder Klasse wählt in einer Klassenelternversammlung einen "Sprecher", deren Gesamtheit die Elternvertretung darstellt. Dadurch solle die Parteipolitik von der Schule ferngehalten werden. Der bisherige Leiter des Schulwesens, Ministerialrat Arndt (Soz.), Oberegierungs- und Schularat Johannes (Soz.) und der Studiendirektor Lehmann (Dem.) sind ihrer Ämter enthoben worden. Die NSDAP. verlangt die Pensionierung aller Lehrer, die der Freiheitsbewegung angehören. Ein Ministerialerlaß ordnet an, daß in Zukunft auf der obersten Stufe aller Lehranstalten das Versailler Diktat zum Gegenstand eingehender Behandlung gemacht, die Jugend bei jeder sich bietenden Gelegenheit über die Unsinnigkeit der Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Krieg aufgeklärt und der Gedanke der Wehrhaftigkeit gepflegt wird. Der Vertrag von Versailles ist in allen Schulen ausgehängt worden. Ein weiterer Erlaß verlangt die Verbreitung und Vertiefung des völkischen Gedankens im Unterricht.

Zeitungsverbot

Erfurt, 7. Sept. Der Oberpräsident von Sachsen hat die hier erscheinende kommunistische Tageszeitung "Thüringer Volksblatt" auf 14 Tage verboten, weil in mehreren

Artikeln dieser Zeitung die thüringische Regierung und Mitglieder der Reichsregierung beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden sind.

Zerlegungstätigkeit bei der Reichswehr

Glogau, 7. Sept. Hier wurden zwei Kommunisten festgenommen, die während der im Kreis Glogau abgehaltenen Manöverübungen unter den Pionieren des vierten Magdeburger Pionierbataillons kommunistische Zerlegungsschriften verteilt hatten. Die Pioniere hatten sofort Meldung erstattet, so daß die Festnahme der Kommunisten erfolgen konnte.

Der Schutz für Ostpreußen

Paris, 7. Sept. In den Erklärungen des Reichswehrministers v. Schleicher in Elbing über die Verteidigung des bedrohten Ostpreußens sagt das "Journal", dies sei eine "Angriffsrede" gewesen. "Echo de Paris" meint, General v. Schleicher wolle eine Miliz für Ostpreußen schaffen. Wichtig sei, daß zum ersten Mal eine amtliche Persönlichkeit eine Forderung vorgetragen habe, die auf die Schaffung einer Miliz nach schwizer Muster abziele. Ähnlich äußert sich "Petit Parisien". Das Blatt bemerkt dazu, der Ort, an dem die Neukreierung des Generals v. Schleicher gemacht wurde, gebe ihr eine besondere Bedeutung.

Chinesische Boykottbewegung gegen Japan

London, 7. Sept. "Times" meldet aus Schanghai: 70 örtliche Handelsgilden, zu denen die Inhaber der größten Teiles der chinesischen Kaufhäuser von Schanghai gehören, haben gestern vormittag ein Manifest veröffentlicht, in dem sie eine "wirtschaftliche Blockade" gegen Japan erklären und die ganze Nation auffordern, sich daran zu beteiligen.

Württemberg

Stuttgart, 7. September.

Besprechung. Wie die Südd. Ztg. erfährt, wird Mitte nächster Woche in Berlin eine Besprechung der Finanzminister der Länder stattfinden, der im Hinblick auf das Wirtschaftsprogramm große Bedeutung zukommt.

Die Kommunisten fordern Einberufung des württ. Landtags. Die komm. Landtagsfraktion hat an Landtagspräsident Mergenthaler erneut ein Schreiben gerichtet, in dem die sofortige Einberufung des Landtags mit folgender Tagesordnung beantragt wird: Kommunistische Anträge betr. Notverordnung des Reichspräsidenten und betr. Lausanne-Abmachungen, ferner große komm. Anfrage betr. Länderkonferenz vom 23. Juli 1932 in Stuttgart und betr. Erschießung der Arbeiter Weber und Jehle durch Beamte der Polizeidirektion Ehlingen.

Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland. Am 31. August 1932 standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 38 966 Personen (28 637 Männer, 10 329 Frauen), in der Krisenfürsorge 72 647 Personen (58 015 Männer, 14 632 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 3477 oder um 3,0 v. H. nämlich von 115 090 auf 111 613 Personen (86 652 Männer, 24 961 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 46 361 gegen 47 909, auf Baden 65 252 gegen 67 181 am 15. August 1932. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. August 1932 auf 1090 Einwohner 22,2 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Daneben waren nach dem vorläufigen Ergebnis der nach den neuen Bestimmungen bereinigten Wohlfahrtsunterstützung noch rund 68 000 Arbeitslose oder 13,5 vom Tausend der Einwohner von den Gemeinden in der öffentlichen Fürsorge unterstellt. Bei den südwestdeutschen Arbeitsämtern wurden am 31. August 283 135 verfügbare Arbeitsuchende festgestellt, wovon 113 708 auf Württemberg und Hohenzollern und 169 427 auf Baden entfielen. Von den Arbeitsuchenden waren 267 335 als arbeitslos zu betrachten und zwar 105 434 in Württemberg und 161 901 in Baden.

Vom Neubau des Gewerkschaftshauses. Seit etwa zehn Wochen ruhten, wie die Südd. Ztg. berichtet, die Arbeiten an dem Großbau des neuen Gewerkschaftshauses, weil die Mittel ausgegangen sind. Nun habe aber die Stadt Stuttgart eine Bürgschaft von zwei Millionen übernommen, die in Kraft trete, wenn der Bau nicht vollendet werde. Schließlich müsse die Stadt das im Rohbau nahezu fertige Haus in der Kanzeleistraße übernehmen und die Gewerkschaften würden in ihrem alten Gebäude in der Ehlingerstraße bleiben.

Die beschränkte Ortszustellung der Post. Wie bereits mitgeteilt, ist bei der Reichspost eine Einschränkung in der

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Hm, kommen Sie doch heute Abend ein wenig in Benjamins Weinstube, lieber Kalkhoff; da können wir beraten, wie man den Ausreißer in seinen Bau zurückbringt. Wohin geht denn die Reise?“

„Seine Eltern wohnen in einem kleinen Nest bei Stuttgart.“

„So. Da könnte ich unter Umständen seine Schritte von einem Bekannten in Stuttgart überwachen lassen.“

Der Redakteur beugte sich wieder über seine Arbeit.

Bert Brilon, auf dem Wege zu seiner Wohnung, nahm einen Dienstmann mit, der die Koffer zur Bahn bringen sollte. Seiner inzwischen von der Wäscherei heimgekehrten Wirtin bezahlte er die Miete für den nächsten Monat und sagte ihr, daß sie gleich weiter vermieten könne.

Dann zog er aus.

Nach der Vorstellung der Dreigroschenoper im Schauspielhaus wartete Graf Halbach vor dem Eingang zum Bühnenauffstieg auf seine Kollegin, Fräulein Ilse von Stetten, der naiven und sentimental Liebhaberin.

Halbach war der letzte Sproß eines aussterbenden Adelsgeschlechts; ein unwillkürlicher Trieb hatte ihn zum Theater geführt. Seine Leidenschaft wurde vom Vater, einem auf seinem Herrnsitz im Thüringischen still und zurückgezogen lebenden Gelehrten, als Degenerationerscheinung angesehen, gegen die man nicht ankämpfen könne. Sehr betrübt hatten damals die Eltern Harrys von dem Entschluß ihres Sohnes Kenntnis genommen. Wurde doch dadurch

ihre größte Hoffnung vernichtet: Harry als Nachfolger auf dem Gut an der Seite der hübschen und vermöglichen Baroness Gerda zu sehen. Gerda von Trinius, die auf dem benachbarten Gut bei ihrem Onkel lebte, war Harry in aufrichtiger Neigung zugetan, und es war ein schwerer Schlag für sie gewesen, als Harry sie seiner dunklen Leidenschaft wegen aufgab.

Aber sie sowohl wie auch die Eltern Harrys besaßen zu viel Stolz und Zurückhaltung, als daß sie dem jungen Mann seinen unsinnigen Schritt vorgehalten und ihn zur Vernunft gebracht hätten. Der Vater erklärte ihm nur, daß ein Angehöriger seiner Familie, der Komödiant geworden sei, keinen Zutritt mehr zu seinem Haus habe. Doch könne er jederzeit zurückkehren, wenn er dem Schauspielberuf endgültig entsage.

So war vor etlichen Jahren der junge Graf Halbach vom Stammsitz seiner Väter ausgezogen, seiner dramatischen Neigung nach, begleitet von den Tränen seiner Mutter, den guten Wünschen seiner noch nicht erklärten und schon verlassenen Braut und dem monatlichen Wechsel des Vaters, auf Grund dessen er an jedem Monatsersten 300 Mark pünktlich ausbezahlt bekam, so daß er anständig leben konnte und sich um die Erfordernisse des Daseins keine Sorgen zu machen brauchte.

Als Schauspieler erwies er sich fast unbrauchbar; er war schauderhaft untalentiert. Vielleicht fühlte er es; dennoch ließ er sich nicht abschrecken. Gute Zureden, die Schauspieler aufzugeben, nützten nichts. Ebensovienig vermochte es der polternde Rat eines wenig zartfühlenden Spielleiters, er solle lieber Medizinmann bei den Mozambique-Indianern werden, wenn er absolut schauspielerisch müsse, und nicht anständige Christenmenschen zur Verzweiflung bringen.

Halbach setzte allen gut oder schlecht gemeinten Ratshlägen beharrlich sein Leides, etwas wehmütiges Lächeln entgegen. Er lernte und arbeitete mit beispiellosem Eifer, wie ein strebsamer Schüler, der gänzlich unmusikalisches und Geigenspielen lernen soll.

Und damit erreichte er allen feindlichen Gewalten zum Trotz doch etwas.

Er erreichte, daß er nach anderthalb Jahren unbezahlter Volontärzeit endlich einen kleinen Inspektorenposten mit 120 Mark Monatsgehalt erhielt, und er erreichte sogar — o höchster Triumph — daß er, nachdem man ihn für gewöhnlich nur immer mit den Diener- und Botenrollen beherrte, einmal den Karlsruher in „Mit-Heidelberg“ spielen durfte. Und diese Rolle spielte er in der Tat leidlich gut; sein scheues und im Grunde vornehmes Wesen kam ihm dabei zujatten.

Seine Partnerin in diesem Stück war Ilse von Stetten als Käthi gewesen; sie, die auch nicht sonderlich viel dramatische Begabung hatte, meist in kleinen Charginrollen auftrat und sich mit einer kümmerlichen Bage durchschlagen mußte.

Diese Gegenspielerin machte dem guten Grafen als Karlsruher ziemlich warm und verdrehte ihm den Kopf. Er fühlte sich durch sie so angefeuert, daß er ganz aus sich herausging und einen guten, sentimental Pinzen abgab, von dem das Sonntagmorgensprogramm des Schauspielhauses ehrlich begeistert war.

In diesen Tagen seines höchsten Ruhmes setzte sich in Harry außer der Liebe zu seiner Partnerin auch die fixe Idee fest, daß er mit ihr und an ihrer Seite seine künstlerischen Fähigkeiten zu ungeahnter Entfaltung bringen, und daß er so ein berühmter Bühnenstar werden könne. (F. f.)



Versammlung für gewisse Bezirke vorgesehen, in denen im Lauf der Zeit der Verkehr besonders stark zurückgegangen ist. Damit wird auch eine Entlastung von Arbeitnehmern verbunden sein, deren Zahl jedoch im Rahmen der im Herbst bei der Post üblichen Entlassungen keine wesentliche Rolle spielt.

Krankheitsstatistik. In der 34. Jahreswoche vom 21. August bis 27. August wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 28 (tödlich 0), Kinderheftiger 2 (1), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie anderer Organe 9 (19), Scharlach 26 (0), Typhus 4 (0), Paratyphus 3 (0), Spinale Kinderlähmung 1 (1).

25 Jahre „Württembergische Zeitung“. Die „Württembergische Zeitung“ kann heute auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 7. September 1907 ist die erste Ausgabe der Württembergischen Zeitung erschienen, die mit heute über 40 000 Bezuhern, davon drei Viertel in Stuttgart und ein Viertel im übrigen Württemberg, zu einem Heimatblatt in bestem Sinn des Wortes geworden ist. Aus Anlaß ihres Jubiläums hat die Württembergische Zeitung ihrer heutigen 92 Seiten umfassenden Ausgabe eine reich bebilderte Festschrift beigegeben.

Ausstellung von Kinder- und Schülerarbeiten. Die Stuttgarter Graphische Sammlung im Kronprinzenpalais veranstaltet in den Monaten September—Oktober eine Ausstellung von Kinder- und Schülerarbeiten aus dem Gebiet des bildhaften Gestaltens. Dies ist die erste Veranstaltung der in der Graphischen Sammlung durch Professor Gustav Kolb und Mitarbeiter neu eingerichteten Abteilung für künstlerische Jugendarbeiten, die künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Betriebswissenschaftliche Tagung Stuttgart 1932. In den Tagen vom 8. bis 10. Oktober 1932 veranstaltet die Stuttgarter Ortsgruppe der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure zusammen mit einer Reihe württembergischer Stellen, sowie in Zusammenarbeit mit zentralen Körperschaften eine Betriebswissenschaftliche Tagung in Stuttgart.

Koalitionsverhandlungen auch in Württemberg? Wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, war früher beabsichtigt, den württ. Landtag zu einer kurzen Sitzung für Anfang Sept. zusammen zu berufen. Diese Absicht wurde aber jetzt anscheinend fallen gelassen, weil man auch in Württemberg erst die politische Entwicklung in Berlin abwarten will. Das Blatt fragt, ob auch in Württemberg die Koalitionsverhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum aufgenommen werden sollen.

Schnellzug-Triebwagen Stuttgart—Nürnberg. Für den neuen Fahrplan sind Schnellzug-Triebwagen für die Strecken Stuttgart—Nürnberg und Ulm—Friedrichshafen in Aussicht genommen. Zur Zeit werden mit den Triebwagen noch Versuchsfahrten auf der Strecke Stuttgart—Friedrichshafen vorgenommen. Die Geislinger Steige ist zur Zeit nicht befahrbar, da dort die Arbeiten für die Elektrifizierung der Strecke Stuttgart—München vorgenommen werden, die durch solche Versuchsfahrten gestört werden könnten.

Todesfälle. An den Folgen eines schweren Unfalls ist der praktische Arzt Dr. Fritsch Schmidhäuser in Hedelfingen im Alter von nahezu 53 Jahren gestorben. Das Wöchnerinnenheim Hedelfingen ist kein Werk. — Im 69. Lebensjahre starb in Berlin Oberst a. D. Paul Kiedel, der früher den württ. Feldartillerie-Regimentern Nr. 29 und Nr. 65 angehört hatte.

Gefährlicher Aufruhr. Entgegen der Verordnung des württ. Innenministeriums, daß in diesem Jahre am 1. Mai nicht demonstriert werden darf, rollte sich in Ludwigsburg am 1. Mai eine größere Menge Kommunisten zu einem Maiumzug zusammen. Als der Zug durch die Polizei aufgehalten werden sollte, forderte der Anführer die Leute auf, weiterzudemonstrieren. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, gegen die ein Stock und ein Fahrrad geworfen wurde. Nun hatten sich 8 der Demonstranten — darunter 2 Frauen — unter der Anklage des Aufruhrs vor der Großen Strafkammer zu verantworten. Die beiden Rädelsführer erhielten wegen erschwerter Aufruhrs je 8 Monate, 5 weitere Angeklagte wegen einfacher Aufruhrs je 6 Monate Gefängnis, eine der angeklagten Frauen wurde freigesprochen.

Aus dem Lande

Ehlingen, 7. Sept. Die erste deutsche Ärztin gestorben. Dienstag früh verschied hier die erste deutsche Ärztin Fräulein Dr. med. Karoline Breitlinger. Sie war am 4. Mai 1851 in Künzelsau geboren worden und war früher Lehrerin. Sie studierte dann in der Schweiz Medizin. Da sie mit ihrem schweizerischen Examen in Deutschland nicht praktizieren durfte, legte sie ihre Zulassung an der Universität Straßburg durch, um dort im 58. Lebensjahre die deutschen medizinischen Prüfungen nachzuholen, so daß sie die erste deutsche Ärztin wurde. Dann kam sie nach Ehlingen, wo sie ihre Praxis bis zu ihrem 80. Lebensjahre im vorigen Jahr ausübte.

Leonberg, 7. Sept. Tödlicher Unfall. Gestern vormittag stürzte auf der Solitude der 29 Jahre alte Eugen Faas aus Stuttgart mit seinem Motorrad. Der Verunglückte wurde von einem des Wegs kommenden Auto ins Leonberger Krankenhaus mitgenommen, wo er nachmittags an inneren Verblutungen gestorben ist.

Markelsheim O. Mergentheim, 7. Sept. Der Reichspräsident als Pate. Die Ehrenpatenschaft über das siebte Kind, den vierten Sohn des Straßenwärters Anton Herrschlein, hat Reichspräsident von Hindenburg übernommen. Dem Täufling wurde eine Ehrengabe übergeben.

Ehingen, 7. Sept. Unfall mit Todesfolge. Dienstag nacht starb im hiesigen Krankenhaus der 32 Jahre alte Gustav Winter, der vor etwa 14 Tagen durch einen Sturz vom Rad einen Oberschenkelbruch sich zugezogen hatte. Nachdem die Heilung anfangs einen günstigen Verlauf nahm, trat durch Bildung eines Abszesses vor zwei Tagen hohes Fieber ein, dem der junge kräftige Mann erlag.

Ulm, 7. Sept. Neue Sonnenuhr am Münster. An der gleichen Stelle des Wöblinger Pfeilers am Münster, an der sich früher die Sonnenuhr befand, wurde kürzlich von Bildhauer Gustav Maurer eine neue Sonnenuhr in Sgraffito nach eigenem Entwurf ausgeführt. Die Größe ist fast die gleiche wie die bei der ehemaligen Uhr und mit 2,90 Meter Höhe und 2,20 Meter Breite recht beträchtlich.

Ehingen a. D., 7. Sept. Dekan Zimmermann gestorben. Im Marienhospital in Stuttgart starb gestern abend nach schwerer Krankheit im 67. Jahr seines Lebens und im 42. seines priesterlichen Wirkens Dekan und Stadtpfarrer Josef Zimmermann. Der Verstorbene war

1865 in Untertürkheim O. Mergentheim geboren, 1890 wurde er zum Priester geweiht. 1893 war er Präzeptoratskaplanverweser in Munderkingen. Im August 1893 kam er als solcher nach Radensburg, im April 1894 nach Neckarfülm. 1894 erfolgte seine Ernennung zum Oberpräzeptor an der Lateinschule Neckarfülm, wo er ein Jahr als Lehrer tätig war. 1910 wurde er zum Stadtpfarrer von Ehingen ernannt. 1919 wurde er zum Kapitelvorstand und Dekan gewählt.

Leutkirch, 7. Sept. Forstmeister Dr. Henze gestorben. An einer Herzlähmung starb Forstmeister Dr. Henze, der Vorstand des Forstamts Leutkirch. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 60 Jahren. Aus dem Gebiet der Rommenbäschung hat er sich in der forstlichen Literatur einen Namen gemacht.

Soll, 7. Sept. Um die neue Umleitungsstraße. Der Vorsitzende des Haller Gemeinderats gab bekannt, daß der Staat Württemberg die Dringlichkeit der geplanten Umleitungsstraße und die Erstellung einer zweiten Brücke über den Kocher zur Entlastung der Ritterbrücke bestätigt habe. Damit ist das Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Berlin mit aufgenommen. Die Finanzierung (etwa 450 000 RM.) dürfte gesichert sein durch einen Zuschuß des Staats von rund 200 000 RM., durch ein größeres Darlehen der Berliner Gesellschaft auf 15 Jahre, wobei für 5 Jahre diese Gesellschaft Verzinsung und Tilgung zu übernehmen hätte und durch die Entlastung der Stadt durch verminderte Wohlfahrtsverwehskosten. Der erste Reiterabschnitt, etwa bis Ende 1933 (neue Brücke, Führung der Straße von der Heilbronner Straße bis zum Weiler) soll möglichst noch in diesem Herbst beginnen, die Arbeiten sind öffentlich ausgeschrieben.

Von der Bayerischen Grenze, 7. Sept. Lord Churchill in Donauwörth. In seinem Kraftwagen traf der in der Kriegszeit oft genannte englische Staatsmann Lord Winston Churchill in Donauwörth ein und nahm im Hotel zur Krone Aufenthalt. Sein Besuch galt vorweg der historischen Schlachttätte, der Schlacht am Schellenberg am 2. Juli 1704 und der Schlacht zwischen Höchstädt und Blindheim.

Ein Motorrad, das Eier legt. Ein Händler aus der Umgebung v. d. E. wandorf hatte mit seinem Motorrad einen Ausflug auf eine Dorfkirchweih unternommen. Dabei kaufte er sich wohlfeil 300 Stück Eier, die er in einer Schachtel auf dem leeren Sozius mit anbrachte. Während der Fahrt bekam die Schachtel ein Loch und in regelmäßigem Abstand fiel ein Ei nach dem andern auf die Straße, ohne daß der Fahrer etwas bemerkte. Durch die Stadt Schwandorf legte das brave Motorrad nicht weniger als 200 Eier. Als der Ahnungslose zu Haus angekommen war, war die Schachtel — leer.



Gemüse schmecken wirklich besser mit MAGGI'S Würze
Wenige Tropfen genügen

Lokales.

Wildbad den 8. September 1932.

Kurhausbeleuchtung. Gestern abend veranstaltete die Staatl. Badverwaltung eine Kurhausbeleuchtung, wie man sie in künstlerisch vollendeter Weise noch nie hier gesehen hat und die sich von den Kolonnaden bis zur Theaterbrücke hin erstreckte. Die Zugangswege zum Kurhaus waren umsäumt von unzähligen Lichtlein in weißen Gelatin-Hülsen, während verloren eingestreut jedes Rasenstück ganz dem Gelände angepaßt bald in grün, blau oder rot aufleuchtete. Die Kurhausbeleuchtung völlig in rot gehalten, war ein Lichterspiel, an dem sich das Auge kaum satt sehen konnte. Ein wunderbares Bild bot der Kurhaus-See, dessen Ufer in blau-grün erstrahlte, während im Wasser die beiden Schwäne fast bewegungslos verharrten, scheinbar sinnend, ob das alles ihnen gelte. Das war nicht mehr Wirklichkeit, das war ein Märchen, von dem man sich nicht mehr trennen mochte. Der Besuch war sehr gut, und alle die gekommen waren, waren des Lobes voll über das wunderbare Schauspiel, das insbesondere die Kurgäste nicht so leicht vergessen werden. Der Badverwaltung und vor allem dem Beleuchtungsmeister Herrn Oberbauinspektor Maier sei für die Veranstaltung dieser unvergleichlichen Lichtersinfonie herzlichster Dank gesagt.

Sonderfahrten und sonstige Vergünstigungen der Reichsbahn zum Besuch der Ausstellung neuzeitlicher Werbung und Bürotechnik in Stuttgart (3. bis 18. September). Die Reichsbahn veranstaltet zu der Ausstellung, die auch von ihr besichtigt wird, an den Samstagen (10. und 17.) und den Sonntagen (11. und 18.) auf zahlreichen Strecken Sonderfahrten mit 50% Fahrpreismäßigung. Die an den Samstagen zur Hinfahrt gelösten Sonderzugstickets gelten zur Rückreise auch mit der Sonderfahrt am Sonntag, auf den Anschlussstrecken werden Sonntagsrückfahrkarten bis zum Anschlussbahnhof des Sonderzugs ausgegeben. Ferner werden von allen württ. Bahnhöfen, also auch auf Sireden, wo keine Sonderfahrten verkehren, Sonntagsrückfahrkarten nach Stuttgart Hbf. und Stuttgart West ausgegeben, die von Samstag 0.00 bis Montag 12.00 (Antritt der Rückfahrt) gelten. Wer mit der Reichsbahn zur Ausstellung reist, erhält beim Vorzeigen der Sonderzug- oder Sonntagsrückfahrkarte an den Ausstellungshaltern eine verbilligte Eintrittskarte zum Preis von 50 Pf. Weitere Auskunft an den Fahrkartenschaltern.

Ausflug des Freiwilligen Arbeitsdienst Wildbad. Nach Beendigung des 1. Teilschnitts unserer Arbeit auf der Banne ermöglichten es uns die Stadtgemeinde Wildbad, sowie einige Bürger unserer Stadt, eine 2-tägige Fahrt in die Landeshauptstadt zu unternehmen. Am Samstag den 27. August vormittags 9 Uhr fuhren wir in Wildbad mit Omnibus ab. Die Reise ging über Calw—Böblingen nach Stuttgart. In den Böblingen machten wir Halt und besichtigten den Flughafen der Luftwaffe, wo wir Gelegenheit hatten, Großverehrflugzeuge starten und landen zu sehen. Auch konnten wir bei einer Führung in den Werk-

stätten verschiedene Flugzeugtypen, ihre Inneneinrichtung und Konstruktion bewundern. Die raffigen Sportflugzeuge der Fliegerschule haben es uns besonders angetan, ebenso die Maschine des tödlich verunglückten Luftakrobaten Schindler. Im Anschluß daran besuchten wir das deutsche Luftfahrtmuseum. Dort konnten wir die im Kriege verwendeten Kampf-, Bomben-, Jagd- und Aufklärungsflugzeuge und ihre Hilfsapparate, deutscher und feindlicher Herkunft besichtigen, welche in vorbildlicher Weise, nach Entwicklungsstufe von Jahr zu Jahr aufgestellt sind. Besonders Interesse erweckten die beiden einzigen noch gut erhaltenen Flugzeuge aus der Richthofen-Staffel. Außerdem sind sehr viele gut erhaltene Jagdbeutestücke aus dem Weltkrieg zu sehen.

Dann ging es nach Stuttgart, wo wir im Hofplatz Wartburg des Stuttgarter Jugendvereins unser Standquartier bezogen. Das Mittagessen stärkte uns für die kommenden Strapazen. Es wird behauptet, daß einige einen Retort von Teller Suppe, bis an den Rand gefüllt, aufgestellt haben. Die Firma Breuninger und einige andere Großkaufhäuser übten besondere Anziehungskraft auf uns Wildbader und Sprollenhäuser aus. Bis um 3 Uhr waren wir in das Stuttgarter Neue Tagblatt bestellt. Alles ist zur St. U., um den Werdegang einer Zeitung zu erleben. Herr Prokurist Hermann, sowie Herr Schmid, Mitarbeiter des St. N. L. zeigten uns so viel, daß wir aus dem Staunen nicht mehr herauskamen. Der Abschluß der Führung war eine Reise in das 15. Stockwerk des Tagblatt-Turmhauses. Unten uns liegt Stuttgart in aller seiner Pracht, mit seinen vielen Türmen, Bauten und Dächern, im Sonnenschein gebadet. Durch Vermittlung der Direktion des St. N. L. und der Direktion der Ufa, war es uns möglich, die Einrichtung eines neuzeitlichen modernen Tonfilmtheaters zu sehen und einer Vorführung beizuwohnen. Hierauf Abdrücken zum Nachtessen in das Standquartier. Nach dem Abendbrot Urlaub bis 10 Uhr abends. Dann Abmarsch ins Nachtlager, bei welchem sich dramatische Szenen ereigneten, welche zu Poch- und Heulkrämpfen ausarteten. Von Schlaf war kaum die Rede. Weden morgens 6 Uhr, von 6—8 Uhr Gymnastik, Schaukeln, Kegelspiel, Kinderrutschbahn, Karussell, Ringtennis usw. Die Vorbedingungen für einen guten Appetit waren erfüllt. Berge Brot, 1 Eimer Marmelade, Kannen voll Kaffee mußten herbeigebracht werden, um die Kameraden zu befriedigen. Ein Abschiedslied an dieser schönen Stätte im Feuerbacher Tal beendete das Nachtlager.

Der Sonntagmorgen war zu einer Führung durch Stuttgart vorbehalten. Wir sahen das Lindenmuseum, die Gewerbehalle, das Landestheater, das Neue Schloß, die Altertümerammlung, das Naturalienkabinett. Eine Führung durch die Ausstellung des Deutschen Auslandsinstituts, des Rundfunks und des alten Schlosses waren für uns sehr lehrreich. Hierauf kam die Krönung des Sonntagmorgens mit dem Aufzug der Wachtparade des Reiterregiments. Was für eine große Freude haben wir da gehabt, als wir dieses Bild aufnehmen durften und erst noch als das stolze Luftschiff Graf Zeppelin in ganz geringer Höhe über unseren Häuptern langsam dahin flog. Das Mittagessen sah uns alle wieder beisammen. Hierauf Urlaub bis 6 Uhr, welcher je nach Veranlagung ausgenützt wurde.

Ein Besuch des Planetariums bildete den Abschluß unserer Besichtigungsfahrt. Wie haben wir gestaunt, als vor unseren Augen die Wunderwelt der Gestirne an der Kuppel des Planetariums aufleuchteten. Um 1/9 Uhr verließen wir mit Sang und Klang das schöne Stuttgart und kamen nach guter Reise wohlbehalten in Wildbad an.

Jedem von uns wird diese Fahrt mit ihren schönen Stunden und dem großen Erleben noch lange in Erinnerung bleiben.

In der jetzigen schweren Zeit, wo Gemüse- und Kartoffelgerichte immer häufiger ohne Fleisch als vollständige Mahlzeit auf den Tisch kommen, ist Maggi's Würze eine wertvolle Hilfe bei deren Zubereitung. Wenige Tropfen den fertig gekochten Gerichten zugefügt, geben kräftigen Wohlgeschmack und machen die Gemüse auch bekömmlicher.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

60. Geburtstag. Geheimrat Karl Vohler, Prof. für an der Universität München, feierte am 6. September den 60. Geburtstag. Er ist ein Sohn des früheren Direktors der landwirtschaftlichen Akademie Hohenheim, Otto v. Vohler.

Bluff an einem Greisenpaar. In der Gemeinde Suhr (Kanton Aargau) wurde am Freitag ein 70 Jahre alter Landwirt beim Rähen von einem 40jährigen Knecht überfallen und erschlagen. Der Mörder begab sich dann in das Wohnhaus des Landwirts und schlug auch dessen 72 Jahre alte Frau nieder, worauf er flüchtete. Die Frau wurde von Nachbarn blutüberströmt aufgefunden; ihr Zustand ist ernst. Sie konnte jedoch eine genaue Beschreibung des Täters geben, der später in einer Wirtschaft in Suhr festgenommen werden konnte. Bei seiner Vernehmung gab er an, er habe die Landwirtseheleute erschlagen, um eine größere Summe Geldes zu rauben, die der Landwirt aus einem Viehverkauf löste. Das Geld habe er aber nicht gefunden.

Schweres Einsturzungslied. Drei Tote. In der Gemeinde Grindobel bei Hohenstadt (Niederbayern) brach am Dienstag vormittag in einer Scheuer Feuer aus, durch das die ganzen Erntevorräte, sowie die landwirtschaftlichen Geräte in kurzer Zeit vernichtet wurden. Bei den Aufräumarbeiten stürzte plötzlich eine Mauer der ausgebrannten Scheuer ein. Zwei junge Burschen und ein Mann wurden erschlagen, ein Mann lebensgefährlich und mehrere andere Personen leichter verletzt.

Ein Dresdener Apotheker in Südtirol abgestürzt. In der Brenta-Gruppe oberhalb Motoeno, stürzte der Dresdener Apotheker Petrusch über eine 150 Meter hohe Wand ab. Seine Leiche wurde zu Tal geschafft.

Tränengas gegen Kohlendiebe. Aus Walsum am Niederrhein wird gemeldet: Als am Montag auf der Jecher Weiden wieder größere Trupps junger Leute erschienen, um Kohlen zu stehlen, verwandte die Polizei zum ersten Mal Tränengas gegen sie. Die Wirkung war, daß die Eindringlinge unter Zurücklassung ihrer Leitern und Säcke sowie der bereits gesammelten Kohlen schnell das Weite suchten.

Kraftwagenunglück. Ein Kraftwagen mit 3 Insassen, die an einem in Hühnerfeld (Saargebiet) veranstalteten Fußballspiel teilgenommen hatten, geriet auf der Rückfahrt in der Nähe von Neunkirchen infolge eines Reifenschadens in Schleudern und stürzte um, wobei er die Fahrtrinne unter sich begrub. Einer von ihnen war sofort tot. Der Führer erlitt schwere Kopfverletzungen, während der dritte Insasse einen Oberschenkelbruch davontrug.

Schnellzug Paris—Marseille entleert. Der Schnellzug Paris—Marseille ist am Dienstag früh dicht vor Marseille entleert. Nach einem amtlichen Bericht sollen 8 Reisende schwer verletzt worden sein. Das Unglück entstand dadurch, daß an der Stelle Schienen ausgewechselt wurden, die zwar eingepack, aber noch nicht festgeschraubt waren.

Sport

Das Duffschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch früh 5.32 Uhr nach seiner 5. Südamerikafahrt in Friedrichshafen glatt gelandet.

Deutsche Skimeisterfahrten in Freudenstadt—Baiersbrunn. Unter Leitung des 1. Vorsitzenden Dinkelacker wurde die aus allen Bundesverbänden gut besetzte Tagung des Deutschen Skiverbands in Potsdam, erstmals vom Deutschen Skiverband ausgerichtet, durchgeführt. Die deutschen Meisterfahrten 1933 werden vom 17.—20. Februar in Freudenstadt—Baiersbrunn (Schwäb. Skireiselaufbund) durchgeführt. Für das Jahr 1934 ist in Baiersbrunn (Bayr. Skiverband) zum erstenmal die Ausweisung einer großdeutschen Meisterschaft vorgesehen unter Beteiligung der Oesterreicher und Tschechoslowaken. Die nächste Tagung des DSV. wird 1933 in Koblenz am 2. September stattfinden.

Handel und Verkehr

Neue Maßnahmen der Reichsregierung Stützung des Kartoffelmarktes

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlichte eine amtliche Mitteilung über die Maßnahmen zur Sicherung einer geordneten Verwertung der Kartoffelernte 1932, in der es u. a. heißt: Der Bedarf an Kartoffeln kann bei normaler Ernte aus der inländischen Erzeugung voll gedeckt werden. Es ist mit einer guten Ernte zu rechnen. Der derzeitige Zofschuß für Kartoffeln ist nicht ausreichend. Es wird daher die Beteiligung handelsvertraglicher Zofbindungen erstrebt. Durch Koordination der Einfuhr soll die Einfuhr auf das richtige Maß beschränkt werden. Durch Verordnung über Handelsklassen soll zugleich die Verbesserung der Qualität der auf den Markt gelangenden Kartoffel gefördert werden. Die Marken-Kartoffel-Verbände werden weiter unterstützt. Besonders Gewicht wird auf die industrielle Verwertung von Kartoffeln gelegt. Für die Kartoffelbrennerei gibt die Verordnung vom 5. August 1932 über die Treibstoffbeimischung die Möglichkeit zur Eräumung eines beschränkten Brennrechts. Für die Kartoffelstärke-Industrie wird grundsätzlich an dem Verwendungszwang für Kartoffelstärkemehl zu Bäckzwecken festgehalten. Bestrebungen zur Steigerung der Abfallmengen sind aber ausschließlos. Gelingt eine freie vertragliche Regelung nicht, so bleibt die Umgestaltung des Verwendungszwangs und u. U. die Einführung der Beimischung von Kartoffelstärkemehl bei den Mühlen vorbehalten. Zur Förderung der Kartoffelstärk-Herstellung sind bisher erhebliche Mittel als Lombard-Darlehen zur Verfügung gestellt. Durch die Einführung von Order-Lagerfaktoren auch für die Kartoffelstärkerei wird die Aufnahme von weiteren Krediten, für die auch eine Zinsverbilligung in Aussicht genommen ist, unterstützt. Zur Ablassicherung wird die deutsche Getreidehandels-Gesellschaft rund 110 000 Tonnen Kartoffelstärk zur Weitergabe an Schweinemäster und Getreidebrennereien aufbewahrt. Bisher ist Kartoffelstärkemehl als Backhilfsmittel bei Roggenbrot bis zu 3 v. H. zugelassen. Dieser Satz wird nunmehr auf 5 v. H. erhöht werden.

Für die nicht als Speisepotential, Soßkartoffeln oder Industriekartoffeln verwertbare Menge bleibt dem Landwirt nur die Verfüllung im eigenen Betrieb. Der darin liegenden Gefahr einer Vermehrung des Schweinebestandes kann durch die Stärkung der Aufnahmefähigkeit der Verarbeitungindustrie entgegengetreten werden. Im übrigen wird die möglichst wirtschaftliche Futterverwertung gefördert. Es ist beabsichtigt, die sachgemäße Dämpfung und Einjäuerung von Kartoffeln durch Bereitstellung weiterer Reichsmittel für die Unterstützung zum Bau von Einfäuerungsgruben zu fördern.

Die Stützung für Brauereiernte

Die Verhandlungen über die Einlagerung von Brauereiernte zur Stützung des Brauereierntemarktes sind nach einer amtlichen Mitteilung nunmehr zum Abschluß gebracht. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat etwa 1,5 Mill. RM. zur Verfügung gestellt, um die Einlagerung von Brauereiernte durch den Handel und die Genossenschaften auf die Dauer von drei Monaten in den Ländern Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen zu ermöglichen. Auch die wichtigsten preussischen Brauereiernteproduktionsgebiete sind unter Beteiligung der preussischen Landesregierung in die Aktion einbezogen worden. Durch die bereitgestellten Mittel wird die Einlagerung von mehr als 70 000 Tonnen Brauereiernte ermöglicht. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Einlagerungsmenge um etwa 25 v. H. Der Ankauf von Brauereiernte soll nur erfolgen, solange der Preis für die Brauereiernte an der für das betreffende Land maßgebenden Börse unter 220 RM. je Tonne liegt. 35 v. H. der einzulagernden Menge sollen bis spätestens Ende September und der Rest bis spätestens Ende Oktober 1932 eingelagert werden. Die Einlagerung soll in der Regel für die Dauer von 3 Monaten vorgenommen werden. Jedoch soll nach Ablauf der Einlagerungsfrist ein Verkauf der Brauereiernte nur in Fühlungnahme mit dem

Reichsernährungsministerium erfolgen, falls zu dem gegebenen Zeitpunkt der Preis für die Brauereiernte an der in Frage kommenden Börse unter 220 RM. je Tonne liegt. Die Durchführung und die Überwachung der bestimmungsgemäßen Verwertung der Mittel liegt in den Händen der Landesregierungen.

Neue Reichsbahnaufräge auf Grund des Regierungsprogramms

In der Ende dieses Monats stattfindenden Verwaltungsrats-Sitzung der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird auch die Frage der zusätzlichen Bestellungen auf Grund der nach dem Regierungsprogramm ausgegebenen Steueranrechnungsscheine erörtert werden. Die Beförderungssteuer dürfte bei der Reichsbahn unter Berücksichtigung des Verkehrsabwärtens in diesem Jahr etwa 100 Mill. RM. betragen. Die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt, in demselben Umfang, in dem sie sich auf Grund der hierfür gewährten Steueranrechnungsmittel verschaffen kann, neue, über das bisherige Programm hinausgehende Bestellungen zu vergeben.

Rückschlag an der Börse

Die günstigeren Aussichten in der Weltwirtschaft, wie sie sich in der Erholung der Preise für wichtige Rohstoffe, namentlich durch Baumwolle und Kupfer, anzeigten, haben die Börsen zu einer Haufe verleitet, die in den Tatsachen nicht begründet war. Dadurch ist ja wohl viel gehortetes Geld wieder zum Vorschein gekommen, das nun in Börsenläufen Anlage fand, aber das Publikum hat die Aussichten auf Gewinne doch überschätzt, denn so schnell können die bisher notleidenden Aktien bzw. die Unternehmungen sich doch nicht verbessert haben, um gleichsam über Nacht zu gewinnbringenden Anlagepapieren geworden zu sein. Der Rückschlag ist denn auch bereits eingetreten: der 7. September war für die deutschen Börsen ein schwarzer Tag, ein schwarzer Mittwoch. Die Kurse stürzten sich durchweg um 3—10 v. H. Millionen sind verloren worden. Das sollte eine Warnung sein. Gut Ding will Weile haben, und ganz besonders eine allgemeine wirtschaftliche Besserung nach so langem schweren Tiefstand. Darüber sollten aber auch namentlich die Banken und das lauffähige Publikum belehren und es von überhöhten und kurzfristigen Käufen abhalten.

Berliner Pfundkurs, 7. Sept. 14.65 G., 14.69 B.

Berliner Dollarkurs, 7. Sept. 4.209 G., 4.217 B.

Dt. Abt.-Zins, 53.12, ohne Ausl. 5.90.

Privatdiskont 4,5 v. H. kurz und lang.

Wärlt. Silberpreis, 7. Sept. Grundpreis 44 RM. d. Kg.

Die Großhandelsmehrpahl für den Monatsdurchschnitt August 1932 ist mit 94,5 gegenüber dem Vormonat um 0,5 v. H. gestiegen. Die Mehrpahlen der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 91,0 (weniger 1,6 v. H.), Kolonialwaren 83,4 (weniger 0,7 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 87,6 (mehr 1,2 v. H.), und industrielle Fertigerwaren 115,8 (weniger 0,9 v. H.).

Kein Zigarettenmonopol. Gegenüber von Zeitungsnotizen, daß die Reichsregierung ein Zigarettenmonopol einzuführen beabsichtige, wird amtlich erklärt, daß in dem zuständigen Reichsfinanzministerium davon nichts bekannt sei.

Die 7. öffentliche Ziehung der Auslosungsrechte der Anleiheabzugssteuer des Deutschen Reichs findet am 10. Oktober 1932 bei der Reichsschatzenverwaltung in Berlin statt.

Übermäßige Erhöhung der Zinkblechpreise. Die Südd. Zinkblechhändlervereinigung hat mit Wirkung ab 6. September die Preise nochmals um 1,5 v. H. erhöht, nachdem erst am 5. d. Mts. eine Erhöhung um 2 v. H. vorgenommen worden war.

Weitere Verschärfung des Ruhrkohlenabfahes. Im August ist der Ruhrkohlenabfah wieder stark gesunken. Er betrug nach den vorläufigen Ergebnissen arbeitstäglich 148 000 Tonnen gegen 156 000 Tonnen im Juli. Die Halbenbestände auf den Zechen haben sich etwas vergrößert. Sie betragen sich (einschl. Koks und Brückens in Koks umgerechnet) Ende August auf 8,9 Mill. Tonnen gegen 8,8 Mill. Tonnen Ende Juli.

Wiederbelebung der Viehwirtschaft. Der Londoner „Daily Telegraph“ berichtet, aus allen Teilen der Welt seien am 6. September die Meinungen über eine Besserung der Viehwirtschaft eingeleitet. Die Preise für Weizen, Baumwolle, Hautschaf und Metalle erholten sich stetig. Die Pariser und Berliner Börse seien guter Stimmung. Die Angaben werden von „Daily Mail“ bestätigt.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, in Deutschland habe das Viehwirtschaftsprogramm der Reichsregierung in der Geschäftswelt und in den breiten Massen das Vertrauen wiederkehren lassen.

Eine leichte Besserung der kaufmännischen Arbeitsmarktlage ist infolgedessen eingetreten, als trotz des Quartalsrückgangsergebnisses im August wiederum ein geringerer Bewerberzugang zu verzeichnen war. Wie die kaufmännische Stellenvermittlung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbands mitteilt, ist der Bewerberzugang des Monats August der niedrigste in diesem Jahr. Die

Technikum Konstanz
am Bodensee
Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik
Prospekt frei

Zahl der sich neu meldenden Bewerber hat in allen Bezirken gleichmäßig abgenommen. In Süddeutschland sind wesentliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht eingetreten. Entlassungen in größerem Umfang waren nicht zu verzeichnen. Verschleudert wurden früher ausgesprochene Kündigungen zurückgezogen.

Wiedereinstellung von Arbeitern. Das Alexanderwerk der Lahner A.G. in Remscheid, das feinerzeit 400 Angestellte und Arbeiter entlassen hatte, hat nunmehr nach Räumung der großen Lagerbestände 330 Arbeiter wieder eingestellt.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 22. August 2 859 828, das sind 48 046 mehr als am 25. Juli und 126 046 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs.

London—Bagdad, ein neuer Schnelldienst. Zwischen London und Bagdad ist ein neuer Schnelldienst eingerichtet worden, der die Strecke Palästina—Irak durch eine Verbindung von Schiff, Eisenbahn und Flugzeug verkürzt und in Verbindung mit dem Dienst England—Palästina das alte Problem der Schaffung einer direkten raschen Verbindung zwischen Europa und dem Einfallstor in den Fernen Osten löst. Die Flugstrecke über die Wüste geht von Haifa in Palästina an der Eisenbahnlinie Jaffa—Jerusalem jeden Montag, der Rückflug von Bagdad jeden Mittwoch.

3 Mill. Motorräder auf der Welt. Der Motorradbestand der Welt hat Anfang 1931 mit über 2,75 Mill. Rädern einen Rekordumfang erreicht. Im Lauf dieses Jahrs hat er sich um etwa 17 000 verringert. Ueber 85 v. H. aller Räder entfallen auf Europa. Den größten Bestand hat nach einer in den letzten Monaten eingetretenen Zunahme um 5 v. H. Deutschland mit über 760 000 Stück aufzuweisen.

Stuttgarter Börse, 7. Sept. An der Börse trat heute ein empfindlicher Rückschlag ein und es gab teilweise starke Kursrückgänge. Lokale Werte waren im großen ganzen gehalten. Am meisten fielen durch Schwäche auf: Cement Heidelberg-Altten 54 (minus 7), Daimler-Benz 20,5 (minus 4), Deutsche Pinoleumwerte 49,5 (minus 8,5), I.G. Farbenindustrie 104 (minus 6); sehr fest lagen u. a. Redarwerte Ehlingen 80 (plus 3), C. D. Magirus 10,5 (plus 3,5).

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 7. Sept. Weizen märk. 21.10—21.30, Roggen 16.10—16.30, Futter- und Industrieerträge 16.90—17.60, Hafer 13.90—14.40, Weizenmehl 25—30.40, Roggenmehl 22 bis 24.25, Weizenkleie 9.75—10.25, Roggenkleie 8.25—8.75.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen Kempten, 7. Sept. Molkereibutter 1. Güte 105, 2. Güte 93; Verkauf: gute Nachfrage. Rahmeinkauf bei 43 Fettigkeiten ohne Buttermilchrückgabe 105 S.; Weichkäse 20 v. H. Fettgehalt (arznei Ware) 21—24; Verkauf: unverändert. Allgäuer Emmentaler 45 v. H. Fettgehalt 1. Güte 80—86, 2. Güte 70—75, 3. Güte 62—66; Verkauf: normal.

Bremen, 7. Sept. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 10.19. Magdeburger Zuckerpreise, 7. Sept. Sept. 32.80 und 32.85. Tendenz: still.

Märkte

Heilbronner Schlachtviehmarkt, 7. Sept. Zufuhr: 9 Bullen, 111 Ziegen, 5 Kühe, 111 Kälber, 272 Schweine. Preise: Bullen a 23—24, b 20—21, Ziegen a 32—33, b 25—26, Kühe a 19—21, b 14—16, Kälber a 37—39, b 31—34, Schweine a 49—50, b 45—47. M. Marktverlauf: mäßig belebt.

Viehpreise. Ehingen a. D.: Kalben 280—370, Jungvieh 100 bis 200. — Gorb: Kühe 280—400, Kalbinnen 220—300, Jungvieh 90—138. — Ceilsheim: Stiere 320—360, Kühe 91—365, Rinder 85—320. — Reutlingen: Ochsen 350—430, Kühe 290 bis 360, Kalbinnen 320—450, Rinder 80—300, Pferde 250—900. — Waldsee: Ochsen 250—340, Fohlen 180—240, Kalben 240—350, Jungvieh 90—170. M.

Schweinepreise. Badnang: Milchschweine 12—21. — Buchau a. F.: Milchschweine 16—20, Läufer 35. — Ehingen a. D.: Ferkel 12—21, Mutterchweine 90—130. — Waldsee: Milchschweine 14—20. — Gorb: Milchschweine 16—23. — Oberjochheim: Milchschweine 12—21. — Reutlingen: Milchschweine 14—24, Läufer 42. M.

Obfrüchte. Herrenberg: Mostobst 3, Pflaumen 5—7, Zwetschgarten 7—10. — Neuenstein: Rappel 3—3.20, Wirtschaftsapfel 5—6, Tafelapfel 7—9, Tafelbirnen 5.50—10, Frühweischgen 8 bis 8.50. M.

Das Wetter

Das Tiefdruckgebiet über England verlagert sich nach Süden, dürfte aber keine nachhaltige Verschlechterung im Gefolge haben. Für Freitag und Samstag ist aufheiterndes, aber immer noch leicht unbeständiges Wetter zu erwarten.

Anschaffungs-Entschuldungskredite
von RM. 200.— an gegen Mobiliar-Hypotheken-Sicherheit, unkündbar auf 3 bis 10 Jahre und tragbar in Tilgungsraten. Nachweisbarer Zuteilungsfond.
Schwäb. Kreditbeschaffungs-Gesellschaft m. b. H., Stuttgart
Schloßstraße 8 — Seriöse Mitarbeiter erbeten.

Die Grund-, Gebäude-, Gebäude-entschuldungs- und Gewerbesteuern für Monat September 1932 sowie die rückständigen Steuern und Bürgersteuer pro 1931

werden am

Freitag den 9. September 1932 vormittags 10 bis 12 und nachm. 2 bis 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses zum Einzug gebracht.

Es wird darauf hingewiesen, daß die 2. Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Januar 1932 über Zuschläge für Steuerrückstände nach in Kraft ist, wonach ab 1. Februar 1932 für jeden angefangenen halben Monat ein Zuschlag von 1/2 vom Hundert des Rückstandes zu zahlen ist.

Es wird wiederholt an die Bezahlung der Bürgersteuer pro 1931 erinnert.

Wildbad, den 8. September 1932.

Stadtkasse.

Einzug der III. Rate Einkommensteuer 1932

am Freitag, den 9. September von vormittags 8 1/2 bis 12 Uhr und nachm. 2 bis 5 1/2 Uhr und am Samstag, den 10. September von 8 1/2 bis 1 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr. 4.

Bürgermeisteramt.

Zur Vergebung
für die Lieferung von Baugeschirr liegen die Angebotsunterlagen auf dem Stadtbauamt zur Einsichtnahme auf.

Termin zur Abgabe der Angebote am Dienstag, 13. ds. Mts. vormittags 11 Uhr.

Stadtbauamt: J. W.: Hirzel.

Denken Sie jetzt daran
Ihre Herbst- und Winterkleider in Stand zu setzen und lassen Sie sie chemisch reinigen im Chemischen Reinigungswerk A. Altwater, Wildbad.

Sie erhalten Ihre chem. gereinigten Kleider innerhalb 24 Stunden wieder weil die Arbeit hier am Platze ausgeführt wird, durch die neueste Anlage auf diesem Gebiete, die beste, rascheste und billigste Arbeit gewährleistet.

Beachten Sie bitte mein Schaufenster, in dem ab heute chem. gereinigte Gegenstände ausliegen und überzeugen Sie sich davon wie einwandfrei meine Anlage arbeitet.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, 9. September 1932, nachm. 5 Uhr, kommen hier öffentlich gegen bar zur Versteigerung:

1 Sofa, 3 Klubsessel
1 Delgemälde
1 elektrische Ständerlampe
9 Schachspiele
1 Buch „Frauenschnheiten“
ca. 1000 Ansichtspostkarten und 1 transportabler Backofen.
Zusammenkunft: Pfandlokal, Gerichtsvolklicher Louber.

Zu vermieten:

1—2 schön möblierte Zimmer an Dauermieter.
Zu erfragen: Paulinenstraße 7.

Jahrgang 1892.

Freitag den 9. September abends 8 Uhr im „Ratskeller“, Nebenzimmer **Besprechung betr. 40er-Feier.**

Sonderpreise bis Samstag

Süßbäcklinge
Pfund nur **25** S

Delikatessfülle
Pfund **38** S
1/2 Pfund **20** S

2 Pfd. Gauerkraut
3 Paar Würstchen
zusammen für **50** S

Süßer Apfelmist
Liter **25** S

Pfannkuch